



Inhalt

Einkommensrunde Bund und Kommunen

[Silberbach: „Wir müssten eigentlich 20 Prozent mehr fordern“](#)

Branchentage von komba und vbob

[Einkommensrunde 2023: Den öffentlichen Dienst aufwerten](#)

Vereinbarkeit von Pflege und Beruf

[Pflege muss sich lohnen](#)

Aufruf zur Beteiligung

[Schwerbehindertenvertretungen: Wahl startet](#)

dbb senioren

[Internationaler Tag der älteren Menschen: Alter heißt nicht](#)

[Stillstand](#)

dbb frauen

[Altersarmut ist weiblich](#)

dbb jugend

[Tag der Deutschen Einheit: Jugend verdient Gleichbehandlung](#)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Rheinland-Pfalz

[Energiepreispause: Land plant Übernahme in der Versorgung](#)

Thüringen

[Anpassung der Wegstreckenentschädigung ab 1. Oktober 2022](#)

Nordrhein-Westfalen

[Staude: Gemeinsam für ein funktionierendes Gemeinwesen](#)

Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft (BDZ)

[Digitaler Zolltag: Schwarzarbeit bleibt ein Problem](#)

Deutscher Philologenverband (DPhV)

[OECD-Studie „Bildung auf einen Blick 2022“: Auf Lehrkräfte ist Verlass](#)

Verband Bildung und Erziehung (VBE)

[Legasthenie und Dyskalkulie: Individuelle Förderung ermöglichen](#)

Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG)

[Polizei hat Hooligans im Blick](#)

[Namen und Nachrichten](#)

aktuell

Informationsdienst des dbb

Einkommensrunde Bund und Kommunen

Silberbach: „Wir müssten eigentlich 20 Prozent mehr fordern“

dbb Chef Ulrich Silberbach geht von einer hohen Forderung für die nächste Einkommensrunde aus und erwartet von der Bundesregierung mehr Einsatz für den öffentlichen Dienst.

„Wir werden hohe Forderungen stellen müssen“, sagte Silberbach der „Berliner Zeitung“ (Ausgabe vom 4. Oktober 2022) mit Blick auf die anstehende Einkommensrunde für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst von Bund und Kommunen. Die Tarifverhandlungen starten im Januar 2023, am 11. Oktober 2022 werden dbb und ver.di ihre gemeinsame Forderung bekanntgeben. „Die Kolleginnen und Kollegen erwarten von uns, dass sie keinen Reallohnverlust erleiden“, machte der dbb Bundesvorsitzende deutlich. „Und wenn man sich vor Augen hält, wo im Moment die Inflation steht, und dass man sich in Tarifverhandlungen am Ende meist immer irgendwo in der Mitte trifft, müssten wir eigentlich Forderungen von 16 bis 20 Prozent stellen.“ Gleichwohl sei man realistisch – „wir wissen, das können wir nicht bringen. Trotzdem glaube ich, es wird eine hohe Forderung sein. Wir haben ab dem ersten Januar ein Bürgergeld statt Hartz IV, das beinhaltet eine elfprozentige Steigerung. Wir haben in anderen Wirtschaftsbereichen Forderungen von acht Prozent, also ist das für mich die Bandbreite, in der wir diskutieren: zwischen acht und elf Prozent.“ Zudem werde man sich in Anbetracht des aktuellen Veränderungspotenzials der wirtschaftlichen Situation Nachforderungen vorbehalten.

Silberbach betonte, wie entscheidend die Ergebnisse der Einkommensrunde für die Motivation der Beschäftigten und die Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes sind. Bürgerinnen und Bürger merken, wie „kaputtgespart“ alles sei, und dem Staat falle es zunehmend schwer, Nachwuchs zu gewinnen. Freilich biete der öffentliche Dienst attraktive Beschäftigungsmerkmale: „Work-Life-Balance, sicherer Arbeitsplatz und sinnstiftende Tätigkeit. Der Punkt ist nur: Halten Sie damit heute noch junge Leute über 30 oder 40 Jahre im öffentlichen Dienst? Die Erkenntnisse, die wir haben, sind erschreckend. Die Leute machen gerne eine Ausbildung im öffentlichen Dienst, weil sie breit und vielfältig ist. Aber nach drei, vier Jahren gehen sie doch in die Privatwirtschaft, denn dort wird das Geld verdient. Wir haben

die hohen Ausbildungskosten, und dann verlassen uns die Leute.“ Hier könne man in der Einkommensrunde mit klaren Signalen einen Kontrapunkt setzen, erklärte der dbb Chef.

Deutlich mehr Einsatz für den öffentlichen Dienst erwartet Silberbach von der Bundesregierung. Milliarden-Investitionen in die staatliche Infrastruktur und Digitalisierung, Personalgewinnung sowie Bürokratie- und Aufgabenabbau seien dringend erforderlich, doch noch immer sei unklar, welche Schwerpunkte die Ampel-Koalition hier überhaupt setzen wolle, kritisierte Silberbach und adressierte die Bundesinnenministerin: „Sie kümmert sich um viele Themen. Der öffentliche Dienst und seine Beschäftigten geraten da etwas in Vergessenheit. Das ist jetzt im Vorfeld der Einkommensrunde für uns natürlich eine riesige Herausforderung. Wir wissen nicht, welche Schwerpunkte sie bei Themen wie Digitalisierung und Fachkräftegewinnung setzen will. Da müssen wir dringend Fortschritte erreichen. Die Frage ist, will sie wirklich einen leistungsfähigen öffentlichen Dienst? Und ist sie bereit, mit Christian Lindner über die daraus resultierenden Finanzierungsanforderungen zu reden und zu streiten? Ich glaube, dass es fatal wäre, wenn wir den öffentlichen Dienst jetzt weiter ausbluten lassen.“

Auch an anderer Stelle kommt Silberbach der öffentliche Dienst zu kurz. Sowohl bei der Konzentrierten Aktion als auch beim Fachkräfte-Gipfel des Arbeitsministeriums „spielt der öffentliche Dienst überhaupt keine Rolle. Da fragen wir uns schon, ob das richtig so ist. Die Wirtschaft hat im Moment natürlich eine Menge Probleme, die wollen wir stützen. Aber sorry, der öffentliche Dienst ist auch systemrelevant. Da sitzen drei Ministerien, Arbeit, Bildung und Forschung und Wirtschaft – und der öffentliche Dienst findet nicht statt. Dabei haben wir die gleichen Probleme – wenn nicht sogar größere, die Altersstruktur ist noch problematischer und bei den Gehältern können wir oft mit der Privatwirtschaft nicht mithalten“, warnte der dbb Chef.

Branchentage von komba und vbob

Einkommensrunde 2023: Den öffentlichen Dienst aufwerten

Die diesjährigen dbb Branchentage zur Vorbereitung der Einkommensrunde 2023 mit Bund und Kommunen biegen in die Zielgerade ein.

Bei zwei weiteren Veranstaltungen im Norden und im Süden Deutschlands haben sich zahlreiche Mitglieder von komba und vbob an der Diskussion über notwendige Verbesserungen und mögliche Forderungen beteiligt. Am 11. Oktober 2022 entscheiden dann die dbb Gremien.

Mit Mitgliedern der Flensburger komba sowie der vbob Fachgruppe beim Kraftfahrzeug-Bundesamt fand am 28. September 2023 in Flensburg die nächste Etappe der Branchentage des dbb statt. Vor dem Hintergrund rasant steigender Preise für Energie, Lebensmittel und vieler anderer Waren und Dienstleistungen fokussierte sich die Diskussion in Flensburg schnell auf die Bedeutung einer linearen Entgelterhöhung. dbb Tarifchef Volker Geyer stieg mit klaren Worten in die Diskussion ein: „Die Lebenshaltungskosten sind massiv gestiegen, die Kolleginnen und Kollegen haben erneut eine tolle Leistung erbracht, also ist es nur recht und billig, dass die Einkommen spürbar ansteigen.“ Unterstützt wurde er dabei von Kai Tellkamp, dbb Chef in Kiel, vom schleswig-holsteinischen komba Chef Lothar Christiansen und von Norbert Haack, dem Vorsitzenden der vbob Fachgruppe beim Kraftfahrt-Bundesamt. Geyer erinnerte die Beschäftigten daran, dass Flensburg stets eine verlässliche Hochburg des dbb gewesen sei, wenn es darum ging, die eigenen Forderungen auch durch Demonstrationen und Streiks zu untermauern, „und wir werden Eure Unterstützung auch bei den Verhandlungen im neuen Jahr wieder dringend brauchen – dringender denn je sogar.“

Auch beim Branchentag der komba in Nürnberg am 30. September 2022 standen die Her-

ausforderungen durch die Krisen im Mittelpunkt: zweistellige Inflation und ein bereits einsetzender zusätzlicher Preisschock bei den Heizkosten. Gleichzeitig muss ein Ausgleich für die gestiegenen Anforderungen und die noch existenten Belastungen der Corona-Pandemie geschaffen werden. „Die Beschäftigten arbeiten seit Beginn der Pandemie im März 2020 durchgehend im Krisenmodus, es gibt einfach keine Atempause“, so Adalbert Abt, stellvertretender Bundesvorsitzender der komba.

Hinzu kommen Nachwuchssorgen in vielen Bereichen der kommunalen Daseinsvorsorge, die den Druck auf die Kolleginnen und Kollegen weiter verschärfen. „Es gibt keinen angemessenen finanziellen Ausgleich für die Erschwernisse des Schichtdienstes mehr, es lassen sich kaum noch Leute dafür gewinnen“, so berichten die Beschäftigten aus diesen Bereichen. „Noch nie war die Hausaufgabenliste für die Arbeitgeber so lang – und so dringlich! Die Leute erwarten, dass ihre Belange von der Politik und damit auch den Arbeitgebern ernst genommen werden“, so Volker Geyer.

Die Beschäftigten am Standort Nürnberg haben sich für die anstehende Einkommensrunde insoweit klar positioniert: Nur eine prozentuale Steigerung der Entgelte reicht ihnen nicht aus, vielmehr wird als dringender sozialer Ausgleich ein hoher Sockelbetrag eingefordert. Aber auch Wahlmöglichkeiten – Freizeit statt Geld – sollten aus Sicht der Beschäftigten geschaffen werden, damit den unterschiedlichen Bedürfnissen Rechnung getragen werden kann. Deutlich geworden ist ebenso: Die Beschäftigten sind bereit zu streiken und wollen damit auch eine Wirkung erzielen!

Vereinbarkeit von Pflege und Beruf

Pflege muss sich lohnen

Bessere Bedingungen für die häusliche Pflege hat der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach zum Europäischen Tag der pflegenden Angehörigen gefordert.

„Wer sich kümmert, sollte dafür belohnt werden. Doch das Gegenteil ist der Fall: Wer Angehörige pflegt, erhöht sein Risiko, arm zu

werden. Dagegen können nur strukturelle Lösungen helfen. Aus unserer Sicht ist die Einführung einer Lohnersatzleistung für Menschen, die privat pflegen, ein sozialpolitisch

zwingender Baustein – vor allem angesichts der kriegs- und krisenbedingten Teuerung der Lebenshaltungskosten“, mahnte dbb Bundesvorsitzender Ulrich Silberbach am 6. Oktober 2022, dem Europäischen Tag der pflegenden Angehörigen.

Wie eine solche steuerfinanzierte Entgeltersatzleistung für pflegende Angehörige aussehen sollte, hatte der vom Bundesfamilienministerium eingesetzte unabhängige Beirat zur Vereinbarkeit von Pflege und Beruf – in dem der dbb Mitglied ist – bereits Ende August 2022 in einem Bericht vorgestellt. Auch dbb frauen und dbb senioren unterstützen eine entsprechende Umsetzung noch in dieser Legislaturperiode.

dbb senioren: Lösungen für Langzeitpflegende fehlen

Bisher fehlen laut Horst Günther Klitzing, Vorsitzender der dbb senioren, vor allem Regelungen, die gerade langzeitpflegende Angehörige vor Altersarmut schützen. „Pflegerische Angehörige sind nicht nur die größte Stütze der Pflegeversicherung in Deutschland, sondern auch die am schlechtesten bezahlten Pflegekräfte. Und kritisch wird das vor allem dann, wenn die Pflegenden selbst hilfebedürftig werden. Denn obwohl für die Pflege als Angehöriger Versicherungsbeiträge je nach Höhe des Pflegegrades und aufgewendeter Zeit an die Rentenversicherung abgeführt werden, spielt das für die spätere Rente kaum eine Rolle“, warnte Klitzing.

dbb frauen: Pflege bringt vor allem Frauen in finanzielle Not

Dieses Schicksal treffe vor allem Frauen im Alter hart, verdeutlichte dbb frauen Chefin Milanie Kreuz einmal mehr. „In mehr als 70 Prozent der Fälle werden Pflegebedürftige zu Hause in der Hauptsache von Frauen versorgt, oft genug zusätzlich zu Berufstätigkeit, Kinderbetreuung und Haushalt. Viele schrauben dann ihre Arbeitszeiten herunter. In der Folge reduzieren sich ihre Ansprüche auf Alterssicherung. Vielen bleibt im Ruhestand dann nur noch das Existenzminimum“, so Kreuz. Zudem verschärften steigende Energiekosten, hohe Mieten und zunehmende Lebensmittelpreise die finanzielle Not vieler pflegender Frauen. „Dass ausgerechnet diejenigen, die anderen im Alter unter die Arme greifen, am stärksten von Altersarmut betroffen sind, können und dürfen wir als Gesellschaft nicht akzeptieren“, mahnte Kreuz.

Hintergrund

Schätzungsweise rund 4,1 Millionen Menschen sind in Deutschland aktuell pflegebedürftig. Rund 80 Prozent von ihnen werden zu Hause versorgt, davon 2,1 Millionen ausschließlich durch ihre Angehörigen. Jeder fünfte pflegende Angehörige ist laut einer aktuellen Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) im Auftrag des Sozialverband VdK von Armut bedroht. Bei pflegenden Frauen liegt der Anteil bei rund einem Viertel (24 Prozent). Zum Vergleich: Das Armutsrisiko beläuft sich im Bundesdurchschnitt auf 16 Prozent.

Aufruf zur Beteiligung

Schwerbehindertenvertretungen: Wahl startet

Zwischen dem 1. Oktober und 30. November 2022 werden bundesweit in allen Dienststellen und Betrieben die Schwerbehindertenvertretungen für eine vierjährige Amtsperiode neu gewählt.

Wahlberechtigt sind alle schwerbehinderten und gleichgestellten Beschäftigten der Dienststelle oder des Betriebs. Gewählt werden können dagegen auch nicht behinderte Beschäftigte, um sich als Vertrauensperson oder Stellvertretung für die behinderten Kolleginnen und Kollegen zu engagieren.

Selbstverständlich nehmen auch Personal-/Betriebsräte die Interessen der schwerbehinderten Beschäftigten in der Dienststelle/im Betrieb wahr. Auch diesen ist die Aufgabe übertragen, die Eingliederung und berufliche Entwicklung schwerbehinderter Menschen zu fördern und

Maßnahmen zu deren beruflicher Förderung zu beantragen. Insbesondere haben sie darauf zu achten, dass schwerbehinderte Menschen nicht wegen ihrer Behinderung benachteiligt werden – weder bei der Begründung, noch im Rahmen des bestehenden Beschäftigungsverhältnisses, noch bei dessen Beendigung. Während Personal- und Betriebsrat aber stets die Interessen aller Beschäftigten im Auge haben müssen, darf sich die Schwerbehindertenvertretung ausschließlich auf die spezifischen Interessen der behinderten und gleichgestellten Beschäftigten fokussieren. Hieraus resultieren ein exklusives Engagement zu Gunsten der

schwerbehinderten Beschäftigten sowie tiefgehendes und umfassendes Spezialwissen zu allen einschlägigen Themen.

Die Schwerbehindertenvertretung setzt sich nicht nur für die Belange der schwerbehinderten Menschen als Gruppe ein, sondern hat ein offenes Ohr für jeden einzelnen Beschäftigten, der behinderungsbedingt Unterstützung benötigt, und sorgt dafür, dass gemeinsam mit Personalrat/Betriebsrat und Arbeitgeber an einer Lösung gearbeitet wird. Sie nimmt Anregungen zur Verbesserung der Situation der schwerbehinderten Beschäftigten – z. B. zur Sicherstellung von Barrierefreiheit – auf und verschafft ihnen die gebührende Aufmerksamkeit. Sie überwacht die Einhaltung der zu Gunsten der schwerbehinderten Beschäftigten bestehenden Vorschriften in der Dienststelle/im Betrieb, z.B. bei den Arbeitszeiten oder dem besonderen Kündigungsschutz. Sie sorgt für eine leidensgerechte Ausstattung der Arbeitsplätze der schwerbehinderten Beschäftigten, z.B. durch Assistenzsysteme.

Und sie steht auch sonst den schwerbehinderten und diesen gleichgestellten Beschäftigten mit Rat und Tat zur Seite, z.B. bei Fragen zum Zusatzurlaub oder zur beruflichen Bildung und Entwicklung.

Dazu erklärte der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach: „Der Einsatz der Schwerbehindertenvertretung im Zusammenspiel mit dem Personal-/Betriebsrat ist vor allem in Zeiten von Leistungsverdichtung, steigenden Anforderungen und Veränderung der Berufsbilder von besonderem Wert für Menschen, deren Leistungskraft eingeschränkt ist. Denn eine aktive engagierte Schwerbehindertenvertretung kann sowohl bei drohendem Verlust des Arbeitsplatzes als auch bei der Gestaltung der Beschäftigungsbedingungen viel bewirken. Unterstützen Sie daher ‚Ihre‘ Schwerbehindertenvertretung mit Ihrer Stimme und geben ihr damit ein starkes Mandat für die Verhandlungen mit dem Arbeitgeber auf den Weg!“

dbb senioren

Internationaler Tag der älteren Menschen: Alter heißt nicht Stillstand

Lebensältere Menschen sind krisenerfahren und entwickeln sich stetig weiter, betonte dbb senioren Chef Horst Günther Klitzing zum Internationalen Tag der älteren Menschen.

Ältere Menschen seien oft mit essenziellen Daseinsfragen konfrontiert: Mit Einsamkeit, Krankheit, Abschied und Verlust. "Wenn Jüngere Resilienz, Widerstandsfähigkeit gegen Stress und das Ertragen von Krisen erlernen wollen, brauchen sie die Älteren als Vorbilder", sagte Klitzing am 1. Oktober 2022 in Berlin anlässlich des Internationalen Tags der älteren Menschen. Heute Achtzigjährige hätten den zweiten Weltkrieg, die harten Nachkriegsjahre, das Wirtschaftswunder oder den Mauerbau erlebt, die Verbreitung der Computer in der Arbeitswelt und die Wiedervereinigung. Wandlungsfähigkeit werde ihnen bis heute abverlangt, und sei es jüngst durch die Inflation und die sich rasant erhöhenden Energiepreise.

„Die ältere Generation setzt sich politisch ein, um weiterhin am politischen Leben teilhaben zu können. Sei es, um eine umweltfreundliche Politik voranzubringen oder Pflegestrategien mitzuentwickeln“, unterstrich der Vorsitzende der dbb bundessenorenvertretung.

Dass manche von ihnen sich mit Smartphones, Tablets und soziale Medien schwertäten und sich fragten, ob sich das „überhaupt noch

lohnt“, sei nachvollziehbar. Aber: „Die ältere Generation entwickelt sich weiter. Sie digitalisiert sich nicht zuletzt, um der Vereinsamung entgegenzuwirken“, wendete Klitzing ein. Worauf es an dieser Stelle ankäme, sei ein Umfeld, dass Zeit und Geduld in die Schulung Älterer investiere. „Das könnten soziale Einrichtungen oder amtliche Stellen genauso wie die eigene Familie sein“, fordert der dbb senioren Chef.

Worauf Ältere hingegen empört reagierten, sei der plötzliche, ersatzlose Wegfall von Gewohntem, als normal Empfundener. „Bürgerämter, die nicht mehr analog ansprechbar sind, Reformen, wie aktuell die der Grundsteuer, für die die geforderten Daten nur digital eingereicht werden können. Es kann nicht sein, dass knapp ein Fünftel der Bevölkerung auf diese Weise an den Rand des öffentlichen Lebens gedrängt wird. Die Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung muss vorangetrieben werden – aber es müssen auch Lösungen für die nicht Digitalisierten vorgehalten werden.“

dbb frauen

Altersarmut ist weiblich

Geschlechtergerechtigkeit im Berufsleben zu fördern ist notwendig, um Altersarmut von Frauen zu bekämpfen. Darauf verwiesen die dbb frauen am Internationalen Tag der älteren Menschen.

„Mit 46 Prozent ist in keinem anderen OECD-Industrieland die Rentenlücke zwischen Männern und Frauen größer als in Deutschland. Damit ist auch das Risiko der Altersarmut für deutsche Frauen sehr hoch“, stellte Milanie Kreutz, Vorsitzende der dbb frauen, am 1. Oktober 2022 heraus.

Die noch immer sehr deutlichen Lohnunterschiede zwischen Männern und Frauen und ein hoher Anteil an langfristiger Teilzeitbeschäftigung unter den berufstätigen Frauen sorgen für das niedrige Renten- und Pensionsniveau von Ruheständlerinnen. „Wir müssen diese grundlegenden Ursachen anpacken, indem wir den nachhaltigen Wandel der Arbeitswelt im Sinne der Geschlechtergerechtigkeit voranbringen. Die Förderung der partnerschaftlichen Aufteilung von Sorgearbeit über flexible Arbeits- und Führungsmodelle ist ein zentraler Hebel, um sowohl die Einkommens-

als auch die Rentenlücke zwischen Frauen und Männern zu schließen“, erklärte Kreutz.

Ein gewinnbringender Nebeneffekt seien neue, vielfältige Rollenbilder, die dazu beitragen, familiäre wie berufliche Sorgetätigkeiten klischeefrei zu bewerten. „Viele Menschen haben von klein auf erlebt, dass es vor allem die Mütter waren, die sich um pflegebedürftige Großeltern gekümmert haben. Diese traditionellen familiären Rollenvorbilder wirken stark nach. Somit potenziert sich das weibliche Dilemma: Frauen werden im Alter von Frauen gepflegt, entweder als unterbezahlte Altenpflegerinnen im Beruf oder als pflegende Angehörige im familiären Bereich. Wenn wir hier nicht endlich aktiv gegensteuern, werden wir den Teufelskreis von Geschlechterstereotypen, Gender Pay Gap und Gender Pension Gap nie durchbrechen“, warnte die dbb frauen Chefin.

dbb jugend

Tag der Deutschen Einheit: Jugend verdient Gleichbehandlung

Zum Tag der Deutschen Einheit weist die dbb jugend nachdrücklich auf die seit Jahren überfällige Angleichung der Lebensverhältnisse in Ost und West hin.

„Auch 32 Jahre nach der Wiedervereinigung bestehen unterschiedliche Lebensbedingungen für die Menschen in Ost und West. Gerade für diejenigen, die nach 1989 geboren sind, ist es schwer nachvollziehbar, warum die Lohn- und Rentenniveaus immer noch auseinanderklaffen. Vor allem die niedrigeren Ausbildungsvergütungen und Einstiegsgehälter im Osten vermitteln der Jugend dort: Unsere Ausbildung, unsere Leistung ist weniger wert“, machte dbb jugend Vorsitzender Matthäus Fandrejewski am 30. September 2022 mit Blick auf den Tag der Deutschen Einheit deutlich.

Dies sei gerade in Zeiten, in denen eine Krise auf die andere folge, ein fatales Zeichen: „In diesen unsicheren Zeiten muss es vor allem auch darum gehen, den jungen Menschen in

Deutschland wieder ein Gefühl von Zuversicht zu vermitteln – und zwar egal, wo sie in unserem Land geboren und aufgewachsen sind. Deshalb appellieren wir einmal mehr an die Entscheidungsträgerinnen und –träger in Politik und Wirtschaft: Gleich die Einkommensverhältnisse in Ost und West endlich an“, so Fandrejewski.

Vor allem die öffentlichen Arbeitgebenden sieht der dbb jugend Chef hier in der Bringschuld: „Angesichts des dramatischen Fachkräftemangels ist die Anhebung der Auszubildendenvergütungen auf ein bundesweit einheitliches und angemessenes Niveau die einzige Option, um junge qualifizierte Kräfte in allen Regionen gleichermaßen für den Staatsdienst zu gewinnen.“

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Rheinland-Pfalz

Energiepreispauschale: Land plant Übernahme in der Versorgung

Erfolg für den dbb rheinland-pfalz: Der Ministerrat hat am 27. September 2022 entschieden, dass die rund 54.000 Versorgungsempfängerinnen und -empfänger des öffentlichen Landesdienstes ebenso wie die Rentnerinnen und Rentner noch in diesem Jahr eine steuerpflichtige Energiepreispauschale in Höhe von 300 Euro erhalten werden.

Der dbb rheinland-pfalz hatte das gegenüber dem zuständigen Ministerium der Finanzen gefordert, denn die Versorgungsempfänger und -empfängerinnen des Bundes wurden bereits im „Entlastungspaket III“ ausdrücklich in die Pauschalzahlung einbezogen, ein entsprechender Gesetzentwurf liegt inzwischen auf Bundesebene vor. Außerdem hatten Mitte des Monats bereits mehrere Bundesländer eine Nachzeichnung für die dortigen Versorgungsempfängerinnen und -empfänger in Aussicht gestellt.

Die dbb Landeschefin Lilli Lenz sagte: „Wir haben im Zuge unserer Forderung Finanzministerin Doris Ahnen mitgeteilt, dass wir darauf ver-

trauen, dass auch die Versorgungsempfängerinnen und -empfänger im Geltungsbereich des Landesbeamtenversorgungsgesetzes nicht abgehängt werden. Per Einmalzahlung bekommen sie nun konsequent eine Entsprechung zur Pauschale. Das ist gut und richtig. Das ist Solidarität und das ist gerecht.“

Die Landesregierung stellt laut Finanzministerium für die Übertragung der Energiepreispauschale auf die Versorgungsempfängerinnen und -empfänger rund 15 Millionen Euro bereit. Der benötigte Gesetzentwurf, der auch für die Versorgungsempfängerinnen und -empfänger im Kommunaldienst gelten muss, soll im November dem Kabinett vorgelegt werden.

Thüringen

Anpassung der Wegstreckenentschädigung ab 1. Oktober 2022

Wegen gestiegener Kraftstoff- und Energiepreise hatte sich der tbb sich an die Finanzministerin Heike Taubert gewandt und eine Anpassung der Wegstreckenentschädigungssätze an die geänderten wirtschaftlichen Verhältnisse gefordert. Diese soll nun erfolgen.

Die – bislang noch nicht verkündete – Thüringer Verordnung zur Anpassung reisekosten- und trennungsgeldrechtlicher Vorschriften zur Abmilderung steigender Kraftstoff- und Energiepreise sieht Änderung in den Sätzen der Wegstreckenentschädigung vor. So soll die sogenannte „kleine“ Wegstreckenentschädigung von 17 Cent/km auf 20 Cent/km und von 9 Cent/km auf 11 Cent/km (zweirädrige Kraftfahrzeuge) und die sogenannte „große“ Wegstreckenentschädigung von 35 Cent/km auf 38 Cent/km und von 16 Cent/km auf 18 Cent/km (zweirädrige Kraftfahrzeuge) angehoben werden. Ebenso geplant ist eine Anhebung des Zuschlages für Fahrten auf unbefestigten und

schwer befahrbaren Forststrecken von 3 Cent/km auf 12 Cent/km.

Die Verordnung soll zwar erst im Laufe des Monats Oktober 2022 verkündet werden, dann aber rückwirkend zum 1. Oktober Wirkung entfalten. Aus den Ministerien heißt es dazu, dass die Reisekostenabrechnungen für Dienstreisen nach dem 30. September 2022 zunächst zurückgestellt werden sollen, um eine Nachberechnung zu vermeiden. Die Anpassung der Verwaltungsvorschrift zum ThürRKG einschließlich einer Anpassung der Formblätter soll zeitnah erfolgen.

Nordrhein-Westfalen

Staupe: Gemeinsam für ein funktionierendes Gemeinwesen

Der Vorsitzende des DBB NRW Roland Staupe hat beim „DBB NRW Treff“ am 27. September 2022 in Düsseldorf für mehr gesellschaftlichen Zusammenhalt geworben.

Der Staat befinde sich auf Grund von Pandemie, Klimakatastrophe, dem andauernden Krieg in der Ukraine und der damit verbundenen Energiekrise in einem Ausnahmezustand – und der öffentliche Dienst sei mittendrin. Hinzu komme, dass nach der jüngsten Bürgerbefragung des dbb auf Bundesebene das Vertrauen in den Staat auf einem historischen Tiefstand angekommen sei.

„Deshalb müssen wir gegensteuern, und zwar Politik, Verwaltung und alle gesellschaftlich re-

levanten Gruppierungen gemeinsam“, appellierte Staupe. „Wir müssen das Vertrauen zurückgewinnen und für die Gesellschaft gemeinsam der Orientierungspunkt für Einigkeit, Recht und Freiheit sein. Nur so können wir ein funktionierendes Gemeinwesen garantieren.“ Deshalb sei es wichtig, so der dbb Landeschef, für die freiheitliche Demokratie und für die Grundwerte der Verfassung täglich neu zu werben.

Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft (BDZ)

Digitaler Zolltag: Schwarzarbeit bleibt ein Problem

Am 27. September 2022 richtete der Behörden Spiegel zusammen mit dem BDZ den zweiten digitalen Zolltag aus, bei dem die Finanzkriminalität und organisierte Formen der Schwarzarbeit als Herausforderungen für die Zollverwaltung thematisiert wurden.

Bei der Online-Veranstaltung diskutierten Bundestagsabgeordnete, Angehörige des Zolls, der Justiz und des Bundesfinanzministeriums sowie der BDZ Zoll- und Finanzgewerkschaft die gegenwärtige Lage bei der Bekämpfung von Schwarzarbeit und illegale Beschäftigung durch die Finanzkontrolle Schwarzarbeit (FKS) des Zolls.

Der stellvertretende BDZ Bundesvorsitzende Thomas Liebel brachte in seinem Statement die Standpunkte des BDZ für eine schlagkräftigere FKS ein. Er ging unter anderem auf den Personalfehlbestand bei der Finanzkontrolle Schwarzarbeit ein, der im Durchschnitt bei etwa 1.800 Arbeitskräften liegt. Das mache etwa 20 Prozent dessen aus, was der FKS an Personal zusteht. Es reiche nicht aus, zu priorisieren und der FKS fortlaufend Nachwuchskräfte zuzuführen. Vielmehr müsse Revision angestellt werden, ob der Zoll mit der momentanen Stellenausstattung nicht nur quantitativ, sondern auch qualitativ richtigliege, so Liebel. Dabei bedürfe es einer Aufwertung der Dienstposten beziehungsweise Arbeitsplätze für die

Beschäftigten, die sich an der Stellenausstattung vergleichbarer Aufgabenfelder von Landesbehörden auf dem Gebiet von Prüfungs- und Ermittlungstätigkeiten (z. B. Steuerfahndung) orientieren solle. Es sei mehr als überholt, dass von etwa 7.500 Einsatzkräften der FKS nach wie vor zwei Drittel der Beschäftigten dem mittleren Dienst und lediglich ein Drittel der Zöllner/innen dem gehobenen Dienst zugeordnet sind. Das umgekehrte Verhältnis der Stellenausstattung sei angesichts der komplexen Aufgabenfelder der FKS und des Zolls insgesamt angebracht und würde echten Berufsperspektiven für die Beschäftigten entsprechen.

Der BDZ bemängelt zudem unzureichende Schnittstellen der Zusammenarbeit zwischen FKS und Zollfahndung sowie die zum Teil nicht mehr zeitgemäße technische Ausstattung. Ferner fordert der BDZ einen flexibleren Personaleinsatz der Einsatzkräfte durch die Hauptzollämter statt vorgegebener Quoten zur Prüfung von Arbeitgebern – die derzeitige Zielvorgabe liegt bei 55.000 Arbeitgeberprüfungen pro Jahr.

Deutscher Philologenverband (DPhV)

OECD-Studie „Bildung auf einen Blick 2022“: Auf Lehrkräfte ist Verlass

Deutschlands Lehrkräfte haben während der Corona-Pandemie weit mehr in Präsenz unterrichtet als ihre Kolleginnen und Kollegen im Durchschnitt in anderen Ländern. Das bestätigt die aktuelle Studie „Bildung auf einen Blick 2022“ der OECD, die am 4. Oktober 2022 in Berlin vorgestellt wurde.

„Die Oberstufenlehrkräfte haben schon im Schuljahr 2020/2021 mit einer überdurchschnittlichen Präsenz maßgeblich dazu beigetragen, dass die Abiturientinnen und Abiturienten ihre Prüfungen gut ablegen konnten. Nun belegt die aktuelle OECD-Studie von 2022 diese überdurchschnittliche Präsenz für alle Lehrkräfte in Deutschland. Dafür gebührt Deutschlands Lehrkräften großer Dank“, so die DPhV Bundesvorsitzende Susanne Lin-Klitzing.

Angesichts der Ergebnisse mahnt Lin-Klitzing die Kultusministerinnen und -minister der Länder, dies nicht nur auf dem Rücken der Bestandslehrkräfte auszutragen, sondern das Schulwesen endlich krisenfest zu machen. Die DPhV-Vorsitzende: „Wir brauchen Entlastung für die jetzigen Lehrkräfte im Schulwesen sowie ausreichend unterstützendes Personal für alle nicht-pädagogischen Aufgaben im Bereich der IT und Verwaltung.“

Der Lehrkräfte-Beruf müsse zudem wieder attraktiv gestaltet werden, fordert Lin-Klitzing. Dies könne vor allem dadurch geschehen, dass Beförderungsstufen wieder schneller umgesetzt werden und das Referendariat mit 24 Monaten wieder ausreichend Zeit bietet, um belastbar für den Schulalltag gerüstet zu werden. „Ein Staatsexamen mit 24-monatigem Referendariat dauert genauso lange wie die jetzigen durchschnittlichen Studiensemester im lehramtsfremden Bachelor/Master-System mit

verkürztem Referendariat: Für den Schuldienst soll ausgebildet werden, nicht für kompatible Abschlüsse an den Universitäten“, erläutert die Verbandsvorsitzende.

Susanne Lin-Klitzing weiter: „Wir brauchen eine bessere Bildungsfinanzierung, die aus einem guten Miteinander von Bund, Ländern und Kommunen resultiert. Wir brauchen eine Bildungsplanung und Bildungsfinanzierung, die das Ziel hat, über den Notbedarf hinaus auszubilden und adäquat nachzuqualifizieren, die das OECD-Kriterium ‚Well-Being‘ für alle an Schule Beteiligten ernst nimmt und zunehmend umsetzt, die Klimaneutralität für den Schulbau anstrebt und endlich den Investitionsstau für die Sanierung maroder Schulgebäude behebt. Die Planung der Dauerfinanzierung und die rechtssichere Umsetzung einer vernünftigen, datenschutzkonformen digitalen Unterstützung mit einem vernünftigen Identifikationsmanagement von Schüler- und Lehrer-Daten für die Schulverwaltung und Unterricht stehen ebenfalls noch aus.“

Bildung auf einen Blick ist die jährliche OECD-Studie zum Thema Bildungssysteme, Bildungsinvestitionen und Bildungserfolge. Sie analysiert und vergleicht Daten aus den 38 OECD-Ländern und sieben Partnerländern – angefangen bei der frühkindlichen Bildung bis hin zur beruflichen Ausbildung, akademischen Bildung und Weiterbildungsprogrammen.

Verband Bildung und Erziehung (VBE)

Legasthenie und Dyskalkulie: Individuelle Förderung ermöglichen

Der VBE Bundesvorsitzende Udo Beckmann hat anlässlich des Tages der Legasthenie und Dyskalkulie umfassende Forderungen an die Politik gestellt.

„Mehr als zehn Prozent der Kinder und Jugendlichen haben Probleme beim Lesen, Schreiben oder Rechnen. Schule ist für sie oftmals mit schmerzlichen Niederlagen, zum Beispiel durch schlechte Noten oder Demütigungen, verbunden“, so Beckmann am 30. September 2022. Viele der betroffenen Schülerin-

nen und Schüler litten infolgedessen unter psychischen Belastungen. „Das hohe Maß an individueller Förderung, das notwendig wäre, um ihnen zu helfen, ist angesichts des dramatischen Lehrkräftemangels, der Folgen der anhaltenden Coronapandemie oder den Herausforderungen bei der Integration geflüchteter uk-

rainischer Kinder und Jugendlicher, kaum leistbar. Auch im frühkindlichen Bereich mangelt es an Personal, sodass betroffenen Kindern bereits vor dem Eintritt in die Schule die notwendige Mehrförderung verwehrt bleibt. Die daraus resultierenden Lernrückstände prägen die gesamte Bildungsbiografie und sie können ihr Recht auf Bildung, unabhängig von der Herkunft oder etwaigen Erkrankung oder Lernschwierigkeiten, nicht wahrnehmen.“

Auch dies mache deutlich, dass die Politik alles Erdenkliche unternehmen müsse, um diese gravierende Bildungsgerechtigkeit abzubauen und endlich die Rahmenbedingungen zu schaffen, die unabdingbar seien, damit Lehrkräfte individuelle Bildungsangebote für jede Schülerin und jeden Schüler bereitstellen

können. Die Gewinnung neuer und zusätzlicher Lehrkräfte und Erzieherinnen und Erzieher müsse höchste Priorität haben. Darüber hinaus müssten Lehrkräfte aber auch Erzieherinnen und Erzieher über entsprechende Fort- und Weiterbildungen besser für eine möglichst frühe Diagnostik geschult werden, damit eine möglichst zeitige Förderung gewährleistet werden kann. „Außerdem braucht es Unterstützung durch den Einsatz multiprofessioneller Teams. Sie können dabei helfen, auf die jeweilige Problemlage zugeschnittene Angebote zu konzipieren, die nötige Unterstützung bei psychischen Belastungen anbieten und somit einen wertvollen Beitrag für mehr Bildungsgerechtigkeit für betroffene Schüler:innen leisten“, so der VBE Chef.

Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG) **Polizei hat Hooligans im Blick**

Die Polizei hat Störer und Hooligans bei Fußballspielen gut im Blick, sagte der DPoIG Bundesvorsitzender Rainer Wendt am 5. Oktober 2022 im Interview mit „WELT TV“.

Vier Wochen nach gewalttätigen Ausschreitungen in Nizza habe die Polizei nun Razzien in Köln und Umgebung durchgeführt, bei denen es zu Festnahmen kam. Gegen einige Tatverdächtige gebe es bereits Haftbefehle wegen Landfriedensbruch und gefährlicher Körperverletzung.

Wendt: „Die Polizei hat an dieser Stelle hervorragende Arbeit geleistet. Sie ist regelmäßig mit szenekundigen Beamten unterwegs und kennt

potentielle Störer. Häufig führt sie bereits vor Fußball-Spielen Gefährderansprachen durch. Dass bei Spielen und im Umfeld viele Polizeikräfte eingesetzt werden, wird gelegentlich kritisiert. Das ist jedoch richtig, denn es gehört zum Deeskalationskonzept. Polizei und Fußballverbände arbeiten im Übrigen gut zusammen. DFL und DFB können mit ihren Konzepten im Einklang mit den Sicherheitsbehörden bereits gute Erfolge auf dem Weg zu sicheren Stadien vorweisen.“

Namen und Nachrichten

Auch in der Verhandlungsrunde zwischen dem **dbb** und dem Arbeitgeberverband BDLS am 5. Oktober 2022 in Potsdam hat es keine Zwischenergebnisse gegeben. Verhandelt wurde erneut im Schwerpunkt über höhere Zeitzuschläge. Parallel wird weiter über Zulagen für Führungskräfte und Auszubildende verhandelt. Im Zentrum der Verhandlungsrunde stand eine Neufassung der Regelung zu den Zeitzuschlägen. Der dbb fordert hier eine deutliche Steigerung der Zeitzuschläge in der Luftsicherheit. Arbeit zu ungünstigen Zeiten und zusätzliche

Arbeit müssen angemessen vergütet werden. Die dbb-Forderungen im Detail wurden bereits veröffentlicht. Ein konkretes Angebot der Arbeitgeberseite steht nach wie vor aus. dbb Verhandlungsführer und Fachvorstand Tarifpolitik Volker Geyer erklärte: „Hier müssen sich die Arbeitgeber deutlich bewegen. Wir haben zwar in diesem Frühjahr umfangreiche Steigerungen bei den Stundenentgelten vereinbart. Aber angesichts der großen Personalnot an den Flughäfen und der extremen Kostensteigerungen für die Beschäftigten in den letzten Monaten

muss sich auch bei den übrigen Arbeitsbedingungen etwas tun. Die Arbeit für ein Luftsicherheitsunternehmen muss attraktiv bleiben. Die Kolleginnen und Kollegen müssen umfassende Wertschätzung erfahren, auch und besonders für ihren Einsatz zu ungünstigen Zeiten und für Mehrarbeit.“ Des Weiteren laufen auch die Verhandlungen über Zulagen für Führungskräfte und Auszubildende weiter. Die dbb Verhandlungskommission fordert, dass Führungsverantwortung und Verantwortung für die Ausbildung im Entgeltsystem abgebildet werden. Um die abgestufte Verantwortung darstellen zu können, sind aus Sicht des dbb bei den Führungsfunktionen mindestens drei Ebenen notwendig. Im Bereich der Ausbildung könnten unter Umständen auch weniger Ebenen ausreichen. Hier gibt es bisher noch kein konkretes Angebot der Arbeitgeberseite. Auch über die Höhe der Zulagen wurde bisher nicht verhandelt. Die Verhandlungen sollen noch im Oktober fortgesetzt werden.

Der **dbb**, der für seine Mitgliedsgewerkschaft komba verhandelt, hat sich mit der Dortmunder

ServiceDo am 29. September 2022 auf eine tarifliche Übergangslösung geeinigt. Die zwei Verhandlungsrunden waren geprägt durch die angespannte wirtschaftliche Lage des Klinikums Dortmund einerseits und die hohen Belastungen der Arbeitnehmenden infolge der hohen Inflation andererseits. Für den dbb stand daher ein deutlicher Lohnzuwachs insbesondere für die unteren Lohngruppen im Vordergrund. Die Verhandlungen wurden teils sehr kontrovers geführt, führten aber gleichwohl zu einer tragbaren Zwischenlösung: Es gibt ab 1. Oktober 2022 mehr Geld für Arbeitnehmende und Azubis. Vereinbart wurde eine Erhöhung der Vollzeitentgelte um eine tarifliche Zulage, wobei diese in der Stufe 1 in den Entgeltgruppen bis einschließlich der EG 6 etwas höher ist als in den Stufen 2 und 3. Die Zulage wird bei Beschäftigten in Teilzeit anteilig entsprechend des vereinbarten Stundenumfangs gezahlt. Die Zulage wird auch bei der Berechnung der verschiedenen Zuschläge berücksichtigt. Alle Details zur Einigung gibt es auf [dbb.de](https://www.dbb.de).

Termine:

11. Oktober 2022, Berlin
Forderungsfindung zur Einkommensrunde bei Bund und Kommunen 2023
Weitere Informationen folgen.

27. - 30. November 2022, Berlin
dbb Gewerkschaftstag 2022
Weitere Informationen unter <https://www.dbb.de/gwt2022>.